

Gert Winkelmeier
Postfach 2818

56518 Neuwied
Tel.: 0 26 84 / 61 07
Fax.: 0 26 84 / 95 92 91

Rhein-Zeitung
- Leserbriefe -

56055 Koblenz
Tel.: 0 261/
Fax: 0 261/892 122
Mail: leserbriefe@rhein-zeitung.net

27. September 2015

Leserbrief zum Artikel: "SPD und Grüne: Atomwaffen raus aus Büchel", RZ vom 25.09.15

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie bitte, bei Interesse, den nachfolgenden Leserbrief, den ich Ihnen auch per E-Mail zukommen lasse, abdrucken:

In meiner Zeit als Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages besuchte ich 2007 den Luftwaffenstützpunkt Büchel. Mit dabei waren Frau Roth (Grüne) und Paul Schäfer (Linke). Es war die erste Delegation von Mitgliedern des Bundestages, die durch den Fliegerhorst geführt wurde. Wir kamen auch in den – gesondert von der US-Armee – bewachten Bereich, in dem die Atombomben lagern. Es ist der Bereich, den die US-Armee zum „exterritorialen Gebiet“ erklärt hat. Von Bundeswehrangehörigen wurde die Halle mit der Bemerkung aufgeschlossen, dass die Atomwaffen hier lagern. Einen Blick in die unterirdischen Silos und damit auf die Atombomben konnte die Bundeswehr uns Abgeordneten nicht gestatten. Sie hatten keine US-Erlaubnis und daher keine Schlüssel.

Nach dem Besatzungsstatut machen die US-Truppen auf ihrem Gelände, was sie wollen. So kamen in der Vergangenheit die großen Umweltschäden und kommen heute die NSA-Abhöraktionen zustande. Die Fraktionen der o.g. Bundestagsparteien forderten bereits damals seit langem den sofortigen Abzug der Atomwaffen aus Büchel. 2010 war Herr Westerwelle Vizekanzler und sagte für seine Partei das Gleiche. Natürlich hat er „den Mund zu voll genommen“, denn was interessiert die Amis, was ein deutscher Vizekanzler sagt. Er hätte aber die Macht gehabt, dass dieser Staat auf die nukleare Teilhabe verzichtet. Das ist eine realistische Forderung, die die Bundesregierung umsetzen kann, ohne sich bei den USA dafür die Erlaubnis einholen zu müssen.

In einigen meiner Bundestagsreden habe ich genau das von der Bundesregierung gefordert und es als den 1. Schritt zum Abzug der Atombomben aus Büchel charakterisiert. Natürlich ist auch das nicht geschehen. Wenn ich heute die Betroffenen- und Ahnungslosigkeitsdebatten im Landtag zum Thema „Modernisierung der US-Atomwaffen in Büchel“ verfolge, glaube ich, die aktuellen Abgeordneten wissen gar nicht, was frühere Abgeordnete zu diesem Thema bereits geleistet haben. Würden die heutigen Abgeordneten eine ehrliche Arbeit in ihren jeweiligen Parteien machen, dann müsste vor allem die SPD als Regierungspartei dafür sorgen, dass Deutschland auf die nukleare Teilhabe verzichtet. Sie müssten dabei helfen, dass die Präsenz der US-Armee in Deutschland – 70 Jahre nach dem Krieg – beendet wird.

Mit freundlichen Grüßen

Gert Winkelmeier, ehem. MdB (2005-2009), Die Linke